

„Deutschland nicht überfordern“

Afghanistan-Einsatz: Wehrexperte Arnold mahnt USA und rügt Bundesregierung

Berlin – Der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (57) ist verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er geht davon aus, dass ab Oktober mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan entsendet werden.

„Herr Arnold, Verteidigungsminister Jung will bis zur Sommerpause prüfen, ob das bisher auf 3500 Bundeswehrgoldaten begrenzte Mandat auf 4400 oder 4800 Mann ausgeweitet werden muss. Gerät das Parlament unter Zeitdruck?“

Wir hätten das viel früher erörtern müssen. Das vorzeitige Mandatieren und gleichzeitige Erweitern wäre längst sinnvoll gewesen, weil die Truppe in Afghanistan schon jetzt den entsprechenden Personalbedarf hat. Die SPD hat im Januar ange-regt, im Bundestag über das neue Mandat zu diskutieren. Aber die Bundesregierung hat das ein halbes Jahr lang abge-wiegt, um das Parlament jetzt, zwei Wochen vor der Sommer-pause, mit der Brechstange über-zeugen zu wollen. Dieser Zug ist endgültig abgefahren – und das lag nicht an den Parlamentari-ern, sondern an der Bundesre-gierung. Sie hat es nicht für nötig gehalten, den Soldaten und Soldatinnen rechtzeitig al-les Notwendige für ihre Auf-träge zur Verfügung zu stellen. Es hieß immer: Es geht zur Not auch anders.

Wie sollte es zur Not auch anders gehen?

In der letzten Sitzung des Ver-teidigungsausschusses habe ich gefordert, dass doch jemand aus der Regierung erklärt, dass das Vorgehen verantwortbar ist und die Verantwortung auch über-nommen wird. Darauf hat kein Verantwortlicher reagiert. Dass es zur Not anders geht heißt nichts an-deres, dass die Soldaten in ihrer ohnehin nicht leichten Arbeit zusätz-liche Er-schwer-nisse haben, weil immer wieder mit Personalzah-len jongliert werden muss, um die Truppenobergrenze bloß nicht zu überschreiten.

Zur Not heißt also zur Not auf dem Rücken der Soldaten?

Ja, und ich fürchte, es ist ein-fach zu spät, das jetzt auf die Schnelle zu ändern.

Erklären Sie sich die Strategie der Bundesregierung mit Nicht-wissen, mit Gleichgültigkeit oder mit bevorstehenden Wahl-kämpfen, aus denen sie die De-batte über den Bundeswehreins-atz heraushalten will?

Es gibt eine Gesamtstrategie, möglichst wenig über das Thema zu diskutieren und es mit spitzen Fingern anzufassen. Besonders die Union will vermei-den, sich mit Äußerungen zu die-

sem Thema festlegen zu lassen. Ich halte das insgesamt für falsch.

Ist es nicht an der Zeit, die Bevöl-kerung ehrlich zu informieren, was die Bundeswehr tatsächlich leistet – dass sie neben allem Brunnenbauern und Hilfsdiens-ten eine Armee im Einsatz ist, die entsprechend ausgerüstet sein muss?

Wir haben den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr über Jahre hinweg eher weichgezeich-net. Die Akzeptanz der Bevölke-rung können wir in der Tat nur gewin-nen, wenn wir die Herausforderungen realistisch schildern und auch die Erfolge darstellen. Einfach weichzeichnen reicht nicht. Ich hoffe sehr, dass die Regierung das end-lich auch erkennt.



Arnold

StN

In der Bevölkerung gibt es laut Umfra-gen keine Mehrheit, den deutschen Afghanistan-Ein-satz noch auszudehnen. Werden die Abgeordneten dennoch zu-stimmen?

Es ist Zeit, dass Verteidi-gungsminister Jung und die füh-rende Generalität einen opera-tiv begründeten Vorschlag ma-chen. Zweitens sollten sie ein Ge-spräch mit dem Parlament darü-ber suchen, was zu diesem Vor-schlag noch an Sicherheits-reserve draufgesetzt werden muss. Hier muss austariert wer-den, was das Parlament zu tra-gen bereit ist. Aber: Was sein muss, muss sein. Was operativ begründbar und notwendig ist, kann nicht infrage gestellt wer-den. Andernfalls müssten die Aufgaben der Bundeswehr redu-ziert werden. Es kann nicht an-gehen, das Pensum immer wei-ter aufzustocken und die Perso-nalzahl nicht zu vergrößern. Das ginge auf die Knochen der Soldaten.

Angenommen, in Afghanistan geschieht etwas Unvorhersehba-res – hat die Bundeswehr überhaupt Reserven ver-fügbare?

Ich habe den Ein-druck, dass der Minister erkannt hat, dass er schnellstens seinen Vorschlag auf den Tisch legen muss. Es ist seine Auf-gabe, darüber Klarheit zu schaf-fen.

Wann ist für Sie der letzte Zeit-punkt, über Jungs Vorschlag zu entscheiden? Das alte Mandat läuft im Oktober aus.

Das Parlament kann am Ende nur Ja oder Nein sagen. Aber eine gut beratene Bundesregie-rung versucht ja, solch ein Man-dat im Dialog mit dem Bundestag abzustimmen, damit es mehr-heitsfähig ist. Es wäre nur nicht gut, wenn das Parlament erst Mitte oder Ende September ei-nen Vorschlag zur Kenntnis er-hält, über den es dann hoppla-hopp entscheiden soll. Wir wol-len das rechtzeitig, sauber begründet bekommen.



Gefährliche Mission: Bundeswehr in Afghanistan

dpa

Rechnen Sie mit neuen Anfor-derungen der USA an die Bundes-wehr?

Unsere Gesprächspartner ha-ben begriffen, was die Deut-schen in Afghanistan leisten. Sie haben gemerkt, dass wir uns mit unserem Engagement am Hindukusch nicht verstecken müssen. Die Frage, ob nicht auch die Opfer – und das Risiko zu sterben – gerechter auf die

Bündnispartner verteilt werden müssten, darf nicht dazu füh-ren, Deutschland zu überfor-dern. Daran könnte unsere ganze Handlungsfähigkeit zu-grunde gehen. Aber wenn der neue amerikanische Präsident multilateral handeln will, hat das auch Konsequenzen für uns, die wir noch abwarten müssen.

Fragen von Claudia Lepping